

## **Kleine Anfrage 1231**

des Abgeordneten Péter Vida  
BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

an die Landesregierung

### **Spannungsverhältnis zwischen StGB und Brandenburger KAG**

Gemäß § 203 StGB gilt für Ausübende und Angestellte in Heilberufen - einschließlich Kureinrichtungen - die Verschwiegenheitspflicht bezüglich Patienten:

*"(1) Wer unbefugt ein fremdes Geheimnis, namentlich ein zum persönlichen Lebensbereich gehörendes Geheimnis oder ein Betriebs- oder Geschäftsgeheimnis, offenbart, das ihm als*

*1. Arzt, Zahnarzt, Tierarzt, Apotheker oder Angehörigen eines anderen Heilberufs, der für die Berufsausübung oder die Führung der Berufsbezeichnung eine staatlich geregelte Ausbildung erfordert,*

*2. Berufspsychologen mit staatlich anerkannter wissenschaftlicher Abschlußprüfung, [...]*

*anvertraut worden oder sonst bekanntgeworden ist, wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft."*

Gemäß Gesetz über das Meldewesen im Land Brandenburg (Brandenburgisches Meldegesetz - BbgMeldeG) besteht nur eine Auskunftspflicht, wenn dies zur Abwendung einer erheblichen und gegenwärtigen Gefahr, zur Verfolgung von Straftaten oder zur Aufklärung des Schicksals von Vermissten und Unfallopfern im Einzelfall erforderlich ist. Dies ist Ausfluss der informationellen Selbstbestimmung und der Verschwiegenheitspflicht der Einrichtungen, die Daten ihrer Patienten nicht ohne schwerwiegenden Grund preisgeben dürfen.

*"§ 26 Krankenhäuser und vergleichbare Einrichtungen*

*(1) Wer in Krankenhäuser, Pflegeheimen oder sonstigen Einrichtungen, die der Betreuung pflegebedürftiger oder behinderter Menschen oder der Heimerziehung dienen, aufgenommen wird, unterliegt nicht der Meldepflicht, solange er für eine andere Wohnung im Inland gemeldet ist. Wer nicht für eine solche Wohnung gemeldet ist, hat sich innerhalb von zwei Wochen anzumelden, sobald sein Aufenthalt die Dauer von zwei Monaten überschreitet. Für Personen, für die ein Pfleger oder ein Betreuer*

Datum des Eingangs: 30.10.2015 / Ausgegeben: 30.10.2015

*bestellt ist, gilt § 12 Abs. 3 Satz 3 entsprechend. Ist ein Pfleger oder Betreuer nicht vorhanden und kann der Meldepflichtige seiner Meldepflicht aus Krankheitsgründen nicht nachkommen, ist der Leiter der Einrichtung oder sein Beauftragter meldepflichtig.*

*(2) Der Leiter einer in Absatz 1 genannten Einrichtung oder sein Beauftragter ist verpflichtet, die aufgenommenen Personen unverzüglich in ein Verzeichnis einzutragen. Die aufgenommenen Personen haben dem Leiter oder seinem Beauftragten die hierfür erforderlichen Angaben zu machen. Aus dem Verzeichnis ist der zuständigen Meldebehörde und den Dienststellen der Polizei auf Verlangen Auskunft zu erteilen, wenn dies nach Feststellung dieser Stellen zur Abwendung einer erheblichen und gegenwärtigen Gefahr, zur Verfolgung von Straftaten oder zur Aufklärung des Schicksals von Vermißten und Unfallopfern im Einzelfall erforderlich ist."*

Demgegenüber bestimmt das Kommunalabgabengesetz für das Land Brandenburg (KAG) folgendes:

*"§ 11 Kurbeiträge und Tourismusbeiträge*

*[...]*

*Der Kurbeitrag kann auch von Personen erhoben werden, die in der Gemeinde außerhalb des nach Absatz 1 Satz 1 anerkannten Gebietes zu Heil- oder Kurzwecken Unterkunft nehmen. Er kann ferner erhoben werden von Personen, die in den dazu geschaffenen Einrichtungen zu Heil- oder Kurzwecken betreut werden, ohne in der Gemeinde Unterkunft zu nehmen.*

*[...]*

*(3) Wer Personen zu Heil- oder Kurzwecken gegen Entgelt beherbergt, wer ihnen als Grundeigentümer Unterkunftsmöglichkeiten in eigenen Wohngelegenheiten, z. B. Fahrzeugen oder Zelten, gewährt oder wer sie in den Fällen des Absatzes 2 Satz 3 in eigenen Einrichtungen betreut, kann durch die Satzung verpflichtet werden, diese Person der Gemeinde oder dem Gemeindeverband zu melden, den Kurbeitrag einzuziehen und an die Gemeinde oder den Gemeindeverband abzuliefern; er haftet insoweit für den Kurbeitrag."*

Somit können die Betreiber von Kur- und Heilbetrieben auf Grundlage einer kommunalen Satzung, die die Vorgaben des KAG beachtet, zu einer Meldepflicht gegenüber der Gemeinde bzw. dem Gemeindeverband verpflichtet werden.

Ich frage die Landesregierung:

1. Zählt nach Auffassung der Landesregierung ein Aufenthalt in einer Kureinrichtung, der Rückschlüsse auf Erkrankungen und teilweise sogar die Art von Erkrankungen des Patienten zulässt, als *"ein zum persönlichen Lebensbereich gehörendes Geheimnis"*?
2. Ist es aus Sicht der Landesregierung mit der im § 203 StGB verankerten Verschwiegenheitspflicht vereinbar, wenn Heil- und Kurbetriebe laut Kommunalabgabengesetz per kommunaler Satzung gezwungen werden können, die Namen ihrer behandelten Patienten preiszugeben?
3. Reicht es aus Sicht der Landesregierung aus, die Erfüllung des Tatbestandsmerkmals "unbefugt" in § 203 StGB dadurch zu vermeiden, dass eine pau-

schale Befugnis durch kommunale Satzung statuiert wird? Welcher Raum verbleibt hiernach noch, eine Weitergabe der Daten auszuschließen?

4. Welches Rechtsgut gewichtet die Landesregierung höher? Die Wahrung der Verschwiegenheit bezüglich aller zum möglichen Krankheitsbild eines Menschen gehörender Daten oder die lückenlose Erfassung aller Angaben zur Eintreibung von Kommunalabgaben?
5. Ist bereits eine Änderung der entsprechenden Regelung im Brandenburger KAG angedacht?